

Aktion und Artikulation
Das Bestehen des Republikanischen Clubs
Doron RABINOVICI

Unversehens war einer zum Symptom geworden. Plötzlich wurde der Kandidat zum Kainsmal eines Landes, das der Papst eben noch als Insel der Seligen beweihräuchert hatte, das aber nun zur Quarantänestation für grassierende Selbstvergessenheit und für epidemischen Gedächtnisschwund zu verkommen schien. Anderswo hatten die Nachkommen im Jahr achtundsechzig den Eltern unangenehme Fragen gestellt, hatten wissen wollen, weshalb sie zu den Verbrechen geschwiegen und dem Regime nicht widerstanden hatten, doch hierzulande war jede Kritik der Jungen ungehört verhallt. Die Alten erklärten, sie hätten nichts getan, und diese Aussage, nichts getan zu haben, wäre andernorts bereits als Selbstbezeichnung verstanden worden, als Bekenntnis eigener Unterlassungsschuld, als Geständnis, gegenüber den Morden untätig geblieben zu sein, ging jedoch hierzulande als Rechtfertigung und Freispruch durch, ja, als Beleg für die These nichts gewesen zu sein als das erste Opfer Hitlers. Jahrzehntlang hatten Ruhe und ein Kirchhofsfriede geherrscht, doch Mitte der Achtziger änderte sich dies. Es war nun, als wäre jeder Lüge ein unsichtbares Ablaufdatum eingezeichnet, und was vorgestern noch bekömmlich schien und bloß ein Problem von Gusto und Geschmack, wurde plötzlich ranzig und verdorben.

Nicht nur in Österreich, in der ganzen Welt war in Bewegung geraten, was bisher bleiern und ehern gewirkt hatte. Bereits Ende der Siebziger war von einer Krise des Stahls gesprochen worden. Die britischen Gewerkschaften verloren ihre Macht, nach der Niederlage im Bergarbeiterstreik. Während riesige Minen und Metallfabriken geschlossen wurden, erzielten winzige Mikrochips die kolossalsten Gewinne. Am 1. Jänner 1986 richteten der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Mikhail Gorbatschow ihre Neujahrsansprachen an die Bevölkerung des jeweils anderen Staates, während in Deutschland das staatliche Fernsehen irrtümlich die Rede des Kanzlers aus dem Vorjahr ausstrahlte. Unumstößliche Dogmen waren austauschbar geworden. In Moskau fand am 25. Februar der 27. Parteitag der KPDSU statt und Gorbatschow sprach von Reformen, verwendete dabei ein russisches Wort, das in allen Ländern und Kontinenten widerhallte: Glasnost. Es gehe, hieß es, um Transparenz, um Wahrheit und um Offenheit.

In dieser Zeit geriet Kurt Waldheim zum Wahrzeichen der Lüge, die weit über die Grenzen des Landes hinaus als Lebenslüge Österreichs bezeichnet wurde; für die Opfer und für die Überlebenden war sie nichts als eine Mordslüge. Nicht so sehr Waldheims Vergangenheit stand zur Debatte, als sein Umgang damit. Seine Ausreden und Verfälschungen stellten das eigentliche Vergehen dar, denn mit

einem Mal wurde klar, dass der Kandidat und ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen bestenfalls ein Lebenslügner und ein Makler des Populismus war.

Waldheim war nicht das Problem. Im Jänner 1986 flog ich als einer von Hunderten offiziellen Delegierten der Jüdischen Gemeinden aus der ganzen Welt - mit vierundzwanzig Jahren übrigens der jüngste unter ihnen - zum World Jewish Congress in Jerusalem. Den Namen Kurt Waldheim hörte ich in diesen Tagen nicht. Womöglich war in irgendwelchen Hinterzimmern über den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen die Rede, aber im Plenum ging es um Frieden im Nahen Osten, um einen Kompromiss mit den Palästinensern, um den Kampf gegen Antisemitismus. Carl Sagan hielt einen Vortrag gegen die atomare Bedrohung. Einige Stunden vorher war die Challenger kurz nach dem Start vor aller Welt explodiert. Was sich in den Himmel erheben hätte sollen, war in die Luft gegangen. Der Astrophysiker Sagan rief zur Trauerminute für die Besatzung auf. Er schwärmte von der friedlichen Nutzung der Raumfahrt. Er geißelte den nuklearen Overkill und das Wettrüsten zwischen den einstigen Alliierten als Triumph Hitlers. Im Zentrum standen die Themen der frühen achtziger Jahre. Es herrschte die Logik des Kalten Krieges.

Auch in Österreich beschäftigte Kurt Waldheim damals nicht jene, die traditionell gegen Vergangenheitsverleugnung und Geschichtsverklärung auftraten. Unterschriften wurden gegen die Präsidentschaftskandidatur des rechtsextremen Politikers Otto Scrinzi gesammelt. „Ich war schon immer rechts, auch innerhalb der NSDAP“, hatte Scrinzi am 27. Juni 1980 den Salzburger Nachrichten offenbart. Er symbolisierte den Feind, der vom konventionellen Antifaschismus aufrecht und hilflos bekämpft wurde. Dieser Gegner strebte gar nicht an, ein „echter“, ein „anständiger“ Österreicher zu sein, denn er war ein Deutschnationaler.

Bei Scrinzi gab es keine Unklarheiten. Der Protest gegen seine Kandidatur richtete sich nicht an seine potentiellen Wähler, sondern konfrontierte den österreichischen Staat mit dem eigenen Gesetzestext und mit der offenkundigen Duldung nationalsozialistischer Wiederbetätigung. Die Initiative gegen Scrinzi mobilisierte allerdings nicht viele. Niemand befürchtete, dass er demnächst in die Hofburg einziehen würde, um Österreich zu repräsentieren. Seine Kandidatur wurde nicht einmal von der Freiheitlichen Partei unter Norbert Steger unterstützt und von kaum jemandem bekämpft.

Eine der vorherrschenden Thesen der Nachkriegszeit lautete, dass es besser wäre, nicht von den österreichischen Verstrickungen in die großdeutsche Vergangenheit zu reden, sondern die alten Zeiten ruhen zu lassen. Auf keinen Fall, wurde mir damals von manchen Älteren bedeutet, dürfe behauptet werden, die Österreicher seien in nennenswerter Zahl antisemitisch, denn sonst würden sie noch beweisen, wie sehr sie es seien. Die Doktrin, Österreich, ganz Österreich, sei nichts als das erste Opfer Hitlers gewesen, während des Zweiten Weltkrieges erdacht, erst als trotziges Bekenntnis zum Patriotismus gegen das so genannte Dritte Reich, dann genutzt, um vielen innerhalb der heimischen

Bevölkerung die Abkehr vom Nazismus zu erleichtern, wirkte im Laufe der Zeit als kollektive Unschuldsthese, mit der die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vermieden wurde.

Die Großparteien hatten sich seit dem Ende der vierziger Jahre um die Stimmen der Hunderttausenden Parteigänger der NSDAP bemüht. Was vor der Zweiten Republik geschehen war, hatte ausgeblendet zu werden. Die nazistische Klientelgesellschaft war sozialpartnerschaftlich aufgeteilt worden. Von den ideologischen Kämpfen, ob von jenen zwischen Austrofaschisten und Sozialdemokraten oder ob von jenen gegen die heimischen Nationalsozialisten, sollte kaum mehr die Rede sein. Der antinazistische Widerstand wurde weithin mit österreichischem Patriotismus gleichgesetzt, ohne eingehend von den politischen Grundlagen zu reden, ohne etwa den kommunistischen oder den Kärntner slowenischen Widerstand zu ehren.

Anders als in der Bundesrepublik Deutschland, die als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches galt, hatten die Alliierten hierzulande keine Politik der „reeducation“, sondern bloß eine der „reorientation“ betrieben. Die Entnazifizierung war spätestens nach 1948, nach dem Ausbruch des Kalten Krieges, nicht fortgesetzt worden. In der Konfrontation zwischen Ost und West war nicht mehr en vogue gewesen, nazistische Verbrecher aufzuspüren, sondern sie allenfalls im Kampf gegen die neuen Feinde zu nutzen. In Österreich wurde die Koalition der Lagerstraße beschworen, aber die Stimmen des Widerstands gerieten bald in den Hintergrund. Die Opfer waren vertrieben und ermordet worden. Wer Wahlen gewinnen wollte, musste einen Konsens mit ehemaligen Mitläufern und Tätern anpeilen.

Im Schatten des Kalten Krieges war ein Gleichgewicht des Schweigens entstanden, in dem Sozialdemokratie und Volkspartei die Ehemaligen der jeweils anderen Seite nicht antasteten. Auch der Bundeskanzler, Bruno Kreisky, überblendete viele Jahre die Widersprüchlichkeit des österreichischen Geschichtsbildes, denn wer hätte besser als er vermocht, vor aller Welt den Österreicher darzustellen, der das erste Opfer Hitlers gewesen war und gleichwohl keineswegs als Jude gelten wollte. Manche, die ihn wählten, konnten auf diese Art ihre Schuldgefühle gegenüber den ermordeten Juden besänftigen, ohne sich mit der eigenen Schuld und mit den ureigensten Ressentiments auseinandersetzen zu müssen. Niemand konnte die These, Österreich sei nichts als ein Opfer gewesen, glaubwürdiger vertreten als er. Mehr noch: Wenn Kreisky über Golda Meir oder Simon Wiesenthal herzog, befriedigte er und legitimierte er auf merkwürdige Weise die Ressentiments vieler seiner Landsleute, denn was er sagte, konnte quasi kraft der antisemitischen Nürnberger Rassegesetze nicht judenfeindlich sein.

Sich mit der heimischen Verantwortung an der Vergangenheit auseinanderzusetzen, galt als politisch unklug. Die Großparteien hielten während der sozialistischen Alleinregierung daran fest, da damit keine Stimmen zu gewinnen waren. Vier ehemalige Nationalsozialisten saßen in Kreiskys erstem Regierungskabinett. Zu Beginn der Siebziger stellte der damalige Justizminister Christian Broda die

Strafverfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen faktisch ein. Schließlich wurde 1975 jene Abteilung des Innenministeriums, die für die Untersuchung von NS-Verbrechen zuständig war, aufgelöst und der Staatspolizei zugeteilt.

Erst während der achtziger Jahre geriet das vielgepriesene System der Sozialpartnerschaft in Misskredit, es wurde als Windstille beklagt.¹ Österreich erschien nun vielen als Skandalrepublik. Waldheim war nur ein Symptom unter anderen. Jahrelang wurden der Staat und seine Spitzen vom Schiffbruch der Lucona und den Machenschaften des Udo Proksch bewegt. 1985 entlarvte der Journalist Alfred Worm die Waffenschiebereien der Firma Noricum und des neutralen Österreich an den Irak. Zugleich wurde, als ein Winzer auffällig große Mengen von Frostschutzmittel steuerlich geltend machen wollte, ruchbar, dass nicht wenige der heimischen Bauern ihrem Wein den Geschmacksverstärker Glykol beigemischt hatten. Das ganze Land wirkte mit einem Mal, als wären alle Parteien, die Institutionen und Behörden mit diesem Süßungsmittel durchsetzt und verseucht.

Ich erinnere mich, dass 1986 im anglo-sächsischen Raum schlechtere und bessere Witze über Waldheim gemacht wurden. Kolumnisten schrieben und Kabarettisten sprachen von der „Waldheimer’s disease“, in diesen Jahren rückten allgemein Leiden der Erinnerung und die Krankheit Alzheimer ins öffentliche Bewusstsein. Aber Waldheim litt eben nicht an einer pathologischen Deformierung; er war auch nicht das politische Syndrom, das in den nächsten Jahren ausführlich behandelt werden sollte, er war nur ein Symptom dessen. Die Aufregung um seinen Fall wäre nicht zu verstehen, ohne den Empfang des Kriegsverbrechers Walter Reder durch den Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mitzudenken. Bereits 1985 war der World Jewish Congress in eine österreichische Affäre involviert gewesen, da der Kongress in eben diesen Wochen in Wien getagt hatte. Frischenschlager, der Reder am Flughafen begrüßt hatte, verstand die Empörung überhaupt nicht. Hatten sich nicht der Papst, der ehemalige Bundeskanzler Kreisky und alle Parteien um die Rückkehr des alten Wehrmachtssoldaten bemüht?

Der Zorn über den Handschlag zwischen dem Verteidigungsminister der Zweiten Republik und dem österreichischen Massenmörder aus dem Deutschen Reich stürzte die kleine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Freiheitlichen in eine schwere Krise und einte gleichzeitig Gruppen, die in früheren Zeiten kaum miteinander in Berührung gekommen wären. Diese Allianzen quer zum österreichischen Parteiendenken zogen sich von den Politikern der Volkspartei über die jüdischen Funktionäre bis hin zu den pubertären Aktivisten der Sozialistischen Jugend.

Diese neue Form von zivilgesellschaftlicher Aktion jenseits fraktioneller Beschränktheit wurde ein Jahr später zum Nukleus einer neuen Bewegung gegen die Wahlkampagne von Kurt Waldheim. Konservative Bürgerliche, die sich von den signalgelben Plakaten der Volkspartei abgestoßen fühlten,

¹ Pelinka, Anton: Windstille. Klagen über Österreich; (Wien – 1985)

trafen sich in ihrem Zorn mit kritischen Wählern der Sozialdemokratie, die es anwiderte, wenn die SPÖ öffentlich so tat, als ginge sie die Diskussion um die nazistische Geschichte gar nichts an. Manche radikalen Linken beteiligten sich an dem Protest. Mit einem Mal stritten diese revolutionären Gruppen nicht mehr um den einzig richtigen Weg in die Utopie, denn sie merkten, wie die Leugnung von Vergangenheit dazu diene, gegenwärtige Verhältnisse zu rechtfertigen.

Es ging allen, ob Gerhard Bronner oder Gustav Glaser, Karl Schwarzenberg oder Peter Kreisky, Georg Hoffmann-Ostenhof oder Ruth Beckermann, Charlotte Teuber oder Hania Nittenberg, John Bunzl oder Karl Pfeifer, Gerhard Roth, Elfriede Jelinek oder Robert Menasse, Robert Jungk, Peter Turrini, André Heller, Alfred Hrdlicka, Oswald Oberhuber, Adolf Frohner oder Georg Chaimowicz – um bloß einige Einzelne zu nennen - in dieser Auseinandersetzung um nicht weniger als die Zukunft.

Was damals in Österreich geschah, war das Aufbrechen einer neuen Geschichtsauseinandersetzung, die bald auf dem ganzen Kontinent und auch in den USA toben sollte. Dabei interessierten nicht mehr die offenkundigen Täter allein, die nationalsozialistischen Spitzen, die Ideologen und Henker des Massenmordes, sondern eher die stillen Teilhaber und Nutznießer des Verbrechens. Jene, die im Kalten Krieg vor unangenehmen Fragen verschont worden waren, sollten nun Rede und Antwort stehen. Die Causa Waldheim war das erste Anzeichen für die Globalisierung der Erinnerung.² Wenige Jahre später würde die Kollaboration mit den nazistischen Besatzern innerhalb der niederländischen, der dänischen oder der französischen Gesellschaft, würde der Umgang der Resistance mit jüdischen Mitstreitern, würde die Politik gegenüber Juden innerhalb verschiedener Fraktionen des deutschen Widerstandes, würde auch die Flüchtlingspolitik der Schweiz neu diskutiert werden. Im Laufe der nächsten zehn Jahre sollte gegen Banken der Eidgenossenschaft, gegen deutsche und österreichische Unternehmen Forderungen erhoben werden, die kurz vorher noch gegen solche Ansprüche immun gewesen waren. In den Neunzigern vertiefte die elektronische Revolution mit Internet, Satellitenfernsehen und Mobiltelefonen die internationalen Verquickungen der Finanzwelt und knüpfte ein erdumspannendes Netz öffentlichen Bewusstseins. Amerikanische Sammelklagen richteten sich gegen europäische Firmen, die gemeinsam mit der SS von Zwangsarbeit profitiert hatten. Auch die Beteiligung an nazistischen Verbrechen in den ehemals kommunistischen Staaten konnte nun beleuchtet werden. Zugleich wurde endlich offen über die stalinistischen Verbrechen geredet.

In dieser Situation taten sich Abgründe auf, die längst als überwunden gegolten hatten. Wer hätte noch wenige Jahre zuvor gedacht, die konservativen Christlich-Sozialen, die eben noch treuesten Freunde Washingtons, könnten im Zuge eines Wahlkampfes an antiamerikanische Ressentiments appellieren, könnten offen gegen die sogenannte Ostküste hetzen? Zwar war mit dem Begriff Ostküste das jüdische, um nicht zu sagen, das in der antisemitischen Vorstellung verjudete Amerika gemeint,

² Daniel Levy/Natan Sznaider: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust; (Frankfurt a.M. – 2001)

aber immerhin hielt die Volkspartei an einem Präsidentschaftskandidaten fest, der in den USA in Misskredit geraten war. Jene, die vor kurzem noch in ihrer Antipathie gegen den Osten geeint gewesen waren, wehrten nun ein Geschichtsbewusstsein ab, das sich in westlich demokratischen Staaten, vor allem in den Vereinigten Staaten, längst durchgesetzt hatte.

Nun entstand ein Nukleus intellektueller Auseinandersetzung, der für Österreich ein antinazistisches Denken einmahnte, das sich in London, Paris oder New York längst durchgesetzt hatte. Diese neue Gruppe passte nicht in die heimische Parteienlandschaft. Die Sozialdemokratie beteuerte, an der Biographie des Gegenkandidaten gar nicht interessiert zu sein. Sie hätte, so wollte sie glauben machen, von den Dokumenten über seine Kriegszeit keine Ahnung gehabt. Die Grünen mit ihrer Kandidatin Freda Meissner-Blau dachten nicht daran, bei der Stichwahl eine Empfehlung gegen Waldheim abzugeben. Noch waren einige Klärungen innerhalb der ökologischen Fraktion nicht vollzogen. Manch rechter Naturbewahrer hätte durch eine klare Sicht auf den Nazismus verprellt werden können. Zudem waren seit dem Kampf gegen das Kraftwerk Hainburg zarte Bande zur Krone geknüpft worden, auf die Rücksicht genommen werden musste. Es sollte einige Monate dauern, bis die Grünen zu einer entschlossenen Linie gegenüber Waldheim fanden. Auch die so genannte marxistische Linke hatte noch zu keinem eindeutigen Standpunkt gefunden. Bei den Kommunisten war im Frühjahr 1986 noch zu hören, dass hinter der Kritik an Waldheim zionistische Interessen steckten.

Ich erinnere mich. Jahrelang war ich als jüdischer Paranoiker abgetan worden, wenn ich unter linken nichtjüdischen Freunden von der Kontinuität des Antisemitismus gesprochen hatte. Es gäbe dafür doch gar keine ökonomischen und sozialen Gründe mehr, wurde mir entgegengehalten. Von einem linken Judenhass gar, von manchen Motiven der Kritik gegen Israel zu reden, galt unter meinen fortschrittlichen österreichischen Altersgenossen als obszön. Das existiere gar nicht und sei im Übrigen nur „ein jüdischer Dreh“, beschied mir einer.

Nun konnte das Fortwirken der heimischen Ressentiments nicht mehr geleugnet werden. Im Gegenteil; es wurde der Antisemitismus ohne Juden als neues Phänomen besprochen, ein Antisemitismus, der gar nicht die realen Objekte seines Hasses brauchte, ein Antisemitismus, der kein geschlossenes Weltbild mehr abgab, ein Antisemitismus ohne Antisemiten gleichsam. Im Zuge der Kampagne rund um Waldheim wurde klar, dass es antijüdische Ressentiments nicht trotz, sondern wegen Auschwitz gab.

Vor jenem Jahr 1986 engagierte ich mich vor allem für die Friedensbewegung in Israel. Erst durch den Präsidentschaftswahlkampf, jene österreichische Causa Prima, verstrickte ich mich in die heimischen Diskussionen. So lässt sich sagen, Kurt Waldheim hat mich zum Österreicher gemacht.

Eines der ersten Treffen fand in einem Hinterzimmer des Café Landtmann statt. Hierher hatten die Proponenten des Neuen Österreich geladen. Ich stieß auf Intellektuelle, Dichter und Künstler, die ich,

ein junger Student, aus Funk und Fernsehen kannte. War es Mary Steinhauser gewesen, die Organisatorin der Aktion kritischer Wähler, die mich verständigt hatte?

Bald danach die Nachmittage im Grünen Anker. Die Sitzungen waren überlaufen. Hier wurden Neuigkeiten referiert und diskutiert. Das Neue Österreich war ein Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung, ein Forum der Aktion und Artikulation. Für mich bedeuteten diese Gespräche eine Initiation. Mit einem Mal galt es nicht mehr als Hypersensibilität oder Paranoia, wenn von den Gespenstern der Vergangenheit, von der Persistenz der Ressentiments, von den autoritären Tendenzen im Lande die Rede war. Hier wurde Disput und Auseinandersetzung nicht mehr als Selbstbefriedigung abgetan, sondern gemeinsam eine Kultur des Streites und der Widerrede gepflegt.

Hinzu kam, dass eine kleine Gruppe, durch kreative Interventionen, die Debatte im ganzen Land beeinflussen konnte. Nicht nur das. Die internationalen Medien, die großen Zeitungen aus New York, Paris, London, Frankfurt und Madrid; sie schrieben über die geistreichen Einfälle dieser Guerilla der Aufklärung. Es genügte, mit einigen Transparenten eine Veranstaltung des ehemaligen Generalsekretärs zu besuchen. Seine leidenschaftlichen Anhänger, diese Kurtisanen von Waldheim, suchten sogleich den Körperkontakt, wurden handgreiflich, schlugen mit Stöcken gar auf uns ein. Als wir bei einer Versammlung des Kandidaten Waldheim ein paar Flugblätter verteilen wollten, wurde einer unserer Mitstreiterinnen das Schlüsselbein gebrochen. Immerhin blieb das nicht unbemerkt. Ausländische Korrespondenten berichteten von den Übergriffen.

Ich erinnere mich an eine Pressekonferenz vor den internationalen Medien. Um seine Unschuld zu verbürgen, waren Kriegskameraden des Soldaten Waldheim geladen. Ruth Beckermann, Sepp Eichholzer und andere traten mit einem Transparent hinter das Podium. Auf dem entrollten Banner war zu lesen: „Holt Hitler als Zeitzeugen“. Der Effekt war groß.

Unsere Anstrengungen wurden mannigfach belohnt und weltweit dokumentiert. Dieser Erfolg gründete nicht allein auf dem Interesse der globalen Öffentlichkeit, sondern resultierte aus der vollkommen überzogenen und verklemmten Reaktion unserer Gegner, die nicht bereit waren, kritische Fragen ernst zu nehmen und Argumente zu diskutieren. Stattdessen wurden wir als sogenannte Nestbeschmutzer diffamiert. Kaum zogen wir mit dem Holzpferd ein, trieben wir Kurt Waldheim in die Flucht. Keiner der konservativen Politiker ging auf uns zu, diskutierte über unsere Sprüche oder schmunzelte über das Ross mit der SA-Kappe. Sie rannten vor uns davon.

Heute ist kaum mehr vorstellbar, mit welchen Verdrehungen und Flunkereien unserem Protest bei Demonstrationen, Präsentationen oder der Mahnwache für den Widerstand geantwortet wurde. Wir erzählten einander, welche verrückten Äußerungen wir in den Debatten zu hören bekommen hätten. Ich erinnere mich, wie mir eine Dame mit Spitzenhandschuhen sagte: „Wieso nennen Sie mich antisemitisch. Ich bin doch keine Antisemitin. Antisemiten stinken, die kann man doch riechen“. –

Daraufhin ich: „Juden wohl auch“. – „Ja“, gab sie ungerührt von sich: „Juden auch“. Und als diese ihre Worte im allgemeinen Gelächter untergingen, versuchte einer ihrer Mitstreiter die Situation zu retten, indem er vermeintlich begütigend hinzufügte: „Nein, Juden stinken nicht. Nur die polnischen“. – Da versetzte ich: „Ach, ja? Meine Mutter ist eine polnische Jüdin“. Er griff sich meine Hand und beteuerte mir: „Das tut mir aber leid“, und es wurde dabei nicht ganz klar, was ihm mehr leid tat, mich beleidigt zu haben oder zu hören, dass ich der Sohn einer polnischen Jüdin war.

Das Neue Österreich entwickelte in all diesen Zeiten eine eigene Dynamik. Wir kamen nun im Amerlingbeisl zusammen, schalteten Inserate im *profil* und im *Falter*. Rubina Möhring und Walter Manoschek veröffentlichten die Broschüre „Die Pflichterfüllung“ mit einem Text von Peter Handke, Aufsätzen von Anton Pelinka und einem dokumentarischen Fragment von Jean Amèry. Pressekonferenzen wurden veranstaltet, Plakate entworfen. Kuno Knöbl brachte das Stück „Der Herr Dr. Kurt“ zur Aufführung. Toni Spira inszenierte „Der große und der kleine Horizont“. Im Volkstheater fand eine Matinee statt. Tausende demonstrierten vor der ÖVP-Zentrale. Die Kundgebung an einem Nachmittag im Frühling des Jahres 1986 sollte zum Auftakt einer neuen Bewegung gegen Vergangenheitsverleugnung, Antisemitismus und Rassismus werden. Silvio Lehmann moderierte die Kundgebung, Kaskaden voller Esprit. Damals wurde ich Zeuge jener Metamorphose, die ich noch öfter erleben sollte, wenn eine Rede von Elfriede Jelinek erklang. Sie war da, doch Elfriede Jelinek trat nicht auf, hielt sich im Hintergrund und wollte den Text nicht selbst vortragen. Allein ihre Worte und Sätze genügten allerdings, um den ganzen Platz zu verzaubern.

Im Herbst hielten wir ein Selbsterfahrungsseminar über Antisemitismus ab, in dem auch linke Ressentiments debattiert wurden. Im November dann das erste Symposium zum „Zustand Österreichs. Fragen zur Identität“. Zum Jahrestag des Novemberpogroms eine multimediale Dokumentation vor der Oper.

Alle, die geglaubt hatten, die Affäre wäre mit dem Wahlsieg Waldheims abgehakt, hatten sich gründlich verrechnet. Eines unserer ersten Flugblätter schockierte die Anhänger Waldheims, da sie nicht begreifen konnten, dass wir nach der Niederlage nicht sogleich geistig kapitulieren wollten. Der Titel lautete: „Waldheim ist nicht unser Bundespräsident.“ Wir waren bereit, sein Amt anzuerkennen, aber nicht seine Autorität. Er mochte staatsrechtlich der Bundespräsident sein, aber uns und unser Verständnis von Geschichte und Gesellschaft würde er nicht repräsentieren. Diese radikaldemokratische Unterscheidung wurde als Skandal empfunden, weil hier offenkundig gegen den Geist des Untertanen rebelliert wurde.

Zudem zeigte sich, dass die Fragen, die wir aufgeworfen hatten, keineswegs nur an den Lebensläufer Waldheim gebunden waren. Im Herbst wurde Norbert Steger als Obmann der Freiheitlichen gestürzt. „Wer Waldheim sät, wird Haider ernten“, war eine unserer Parolen. Bald hatten

wir erkannt, dass Waldheim das Auslaufmodell war, aber Haider der Prototyp eines rassistischen Populismus, der in mehreren Staaten der Europäischen Union Furore machen sollte. Haider profitierte von dem chauvinistischen Trotz, mit dem im Präsidentschaftswahlkampf das Ansehen der Wehrmachtsgeneration verteidigt worden war, aber paradoxerweise nutzte ihm ebenso die kritische Demontage des offiziellen Opfermythos. Die Freiheitlichen hatten nie um Österreich als erstes Opfer Hitlers getrauert. Für sie schien nun bestätigt, dass die österreichische Nation schlechthin nichts als eine Lüge war. Bald würden sie den neuen Chauvinismus für sich zu nutzen wissen und im Zuge ihrer rassistischen Hetze „Österreich zuerst“ rufen.

Die Entwicklung der Debatte gab uns Recht. Es ging nicht nur um Waldheim. Wir hatten auf das richtige Holzpferd gesetzt. Was aber war es, das uns an Waldheim so empörte? War er, wie manche heute noch meinen, die falsche Person für unsere Aufregung? Keineswegs. Zunächst sollte, trotz aller übertriebenen Vorwürfe, die zuweilen erhoben wurden, nicht verniedlicht werden, wo Waldheim gedient hatte. Um das Bekannte zu wiederholen: Waldheim war unter General Loehr, einem Kriegsverbrecher eingesetzt, war in eine Heeresgruppe eingegliedert, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war, die etwa verstrickt waren in die Deportationen von Juden aus Saloniki und hier mit der SS eng zusammenarbeitete. Vor allem aber arbeitete Waldheim als Informationsoffizier auch im Bereich der so genannten Partisanenbekämpfung mit, worunter auch kriminelle Vergeltungsaktionen und massenmörderische Kollektivstrafen fielen. Eine persönliche juristische Schuld traf Waldheim nicht. Er war auch kein Friedrich Peter. Dass er Stipendiat und Absolvent der Konsularakademie gewesen war, die Diplomaten für das so genannte Dritte Reich ausbildete, dass er Mitglied der SA-Reiterstandarte 5/90 und des NS-Studentenbundes gewesen war, hatte zwar nichts mit Pflicht, sondern eher mit Kür zu tun, aber was er im Balkan getan hatte, hätte ihn für eine politische Karriere nicht von vorneherein disqualifiziert. Erbärmlich und unannehmbar war hingegen, wie er nach 1945 mit dieser Vergangenheit umging. Er verkörperte, wogegen wir antraten. Waldheims Lügen interessierten uns nicht als persönliches Charakterproblem, sondern weil dahinter eine politische Strategie erkennbar wurde. Wir kannten unsere Waldheimer. Sie spekulierten mit dem Antisemitismus. In der Stadt lohten feuergelb Plakate, auf denen mit brandroter Handschrift gedruckt war: „Wir Österreicher wählen wen wir wollen!“ Der Slogan zielte gegen Juden, obgleich nicht nur jüdische Funktionäre sich wunderten, dass Kurt Waldheim behauptete, als Informationsoffizier der Wehrmacht in Saloniki keine Deportationen bemerkt zu haben. 1986 wurden die jüdischen Funktionäre des World Jewish Congress von Michael Graff, Alois Mock, Marga Hubinek, Walter Schwimmer und Franz Sauerzopf, als „ehrlose Gesellen“, „unseriös, unehrenhaft und haßerfüllt“, als "Mafia der Verleumder", der Generalsekretär des World Jewish Congress als „gewöhnheitsmäßiger Lügner“ bezeichnet. In einer Parteisendung stellte Graff fest, dass „das von Haß und Geltungsbedürfnis

motivierter Geschrei der Handlanger des jüdischen Weltkongresses“ für die Österreicher nicht maßgebend sei. Zugehörigkeit zum Judentum, fühlte er sich bemüßigt, festzustellen, wäre „kein Freibrief für Lüge, Täuschung, Wortbruch, Unbildung und undifferenzierten und unbegründeten Haß“. Waldheim selbst antwortete auf die Frage, wie er sich erkläre, dass die internationale Presse gegen ihn schreiben würde: „Die ist doch vom Jüdischen Weltkongreß dominiert. Das ist wohlbekannt“.

Übrigens genoss der World Jewish Congress bei uns heimischen Kritikern Waldheims kein viel höheres Ansehen als in der Volkspartei. Wer sich hierzulande gegen Waldheim aussprach, vergaß zumeist nicht, einige distanzierende Äußerungen in Richtung des jüdischen Kongresses abzusondern. Solche Erklärungen sollten der argumentativen Frontbegradigung dienen, sollten sowohl Rückzugsbereitschaft aus unhaltbaren Positionen als auch Objektivität signalisieren.

Gewisse Themen blieben ausgespart: Die innerösterreichischen Kritiker an Waldheim blendeten aus taktischen Gründen jegliche Auseinandersetzung mit dem World Jewish Congress aus. Anhänger und Gegner von Waldheim nahmen und nehmen bis heute weitgehend nicht zur Kenntnis, dass der World Jewish Congress zwar outriert agierte, unsensibel vorging und Vorwürfe erhob, die sich im Nachhinein als übertrieben erwiesen, aber im Frühjahr 1986 nicht dezidiert und explizit behauptet hatte, Waldheim sei ein Kriegsverbrecher. Zwar wurde Waldheim als Nazi bezeichnet, was sich allenfalls auf seine Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und nicht auf seine etwaigen ideologischen Präferenzen bezogen haben kann, gewiss wurde ihm von den Funktionären des WJC vorgeworfen, im Umfeld von Kriegsverbrechen eingesetzt gewesen zu sein, ja, der World Jewish Congress sprach, nachdem er Waldheims Namen auf einer UN-Liste gesuchter Kriegsverbrecher gefunden hatte, sogar von Waldheim als *accused war criminal*, drückte damit aber nur die reine Tatsache aus, dass er des Kriegsverbrechens beschuldigt worden war, hütete sich jedoch im Frühjahr 1986 ausdrücklich davor, ihn selbst als Kriegsverbrecher zu bezeichnen.³ Im Gegenteil: In einem *profil*-Interview am 25. März 1986, viele Wochen vor dem ersten Wahlgang, stellte Elan Steinberg fest, dass Waldheim ihres Wissens nach kein Kriegsverbrecher gewesen war. Israel Singer sekundierte, Waldheim wäre vielleicht bloß eine harmlose Figur gewesen. Am 1. April wiederholte Singer in der ZIB 2, es ginge um keinen Kriegsverbrecherprozess, sondern um das Verhalten des Politikers. Die österreichische Öffentlichkeit schien diese Aussagen gar nicht wahrzunehmen. Es wurde ohne Beweis behauptet, dass der World Jewish Congress Waldheim mit Massenmörder gleichgesetzt hatte.

³ vgl. vor allem: Mitten, Richard: *The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria*; (Boulder, San Francisco, Oxford - 1992) – siehe auch: Mitten, Richard: *Der kurze Schatten der Vergangenheit*; in: Toth, Barbara und Hubertus Czernin (Hg.) 1986. *Das Jahr, das Österreich veränderte*; (Wien – 2006) - Wodak, Ruth, Nowak, Peter, Pelikan, Johanna u.a.: *Wir sind alle unschuldige Täter Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus* (Frankfurt a. M. –1990) – Heindl, Bernhard: *„Wir Österreicher sind ein anständiges Volk“ Kurt Waldheim*; (Wien, Linz, - 1991)

Der Republikanische Club vertrat eine Position unter anderen im österreichischen Diskurs. Mit unseren kritischen Fragen kämpften wir zwar gegen die Enge der Diskussion an, aber wir waren allenfalls Grenzgänger, die dennoch auf den Konsens eingehen mussten, um irgendeinen Erfolg zu haben. Der Name selbst, das Neue Österreich, verweist auf unsere Reverenz an den Patriotismus. Nur mit dieser Anrufung eines Neuen Österreich war es möglich, die Republik mit ihrem eigenen antinazistischen Selbstverständnis zu konfrontieren. Anderes, etwa die internationale Kritik an Waldheim, wurde auf diese Weise ausgeblendet. Eine ähnliche Taktik sollte in den neunziger Jahren, als wir uns gegen den Rassismus aussprachen, dazu führen, dass wir lange dem inländischen Sprechen über die Migranten verhaftet blieben. Wir waren Fürsprecher, die statt jener redeten, für die wir das Wort ergriffen, anstatt mit ihnen eine die Stimme zu erheben. Es dauerte, bis wir unseren Fehler begriffen.

Natürlich nutzte es wenig, dass wir uns dem Diskurs und seinen Regeln fügten. In der Wahrnehmung der Anhänger Waldheims blieben wir die Nestbeschmutzer, die sich mit ihrem Holzpferd vergaloppiert hatten, die zu Unrecht den Präsidentschaftskandidaten angeschwärzt hätten. Die wirklichen Vorwürfe gegen den Spitzenpolitiker Waldheim wurden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen wurde er, der immerhin die Wahl gewonnen hatte, zum Opfer stilisiert.

Waldheims Lügen wären kaum relevant gewesen, wenn er nicht als Generalsekretär der Vereinten Nationen und Präsident der Republik gewirkt hätte. Es war nicht darum gegangen, ob er ins Gefängnis müsste, sondern ob er in die Hofburg einziehen sollte. Wir waren nicht an kriminalistischen Fragen, sondern an politischen interessiert. Er hatte nicht trotz, vielmehr aufgrund seines Sagers von der Pflichterfüllung die Wahlen gewonnen. Der Satz war nicht nebenher gefallen, sondern wurde zur Wahlparole. Immer wieder sprach er von der Pflichterfüllung in der Wehrmacht, sprach er davon, nichts getan zu haben, nichts anderes als Hunderttausende andere Österreicher, die doch, auch diese Wendung wurde zum Slogan, anständig geblieben waren. Waldheims Haltung war die Verweigerung jeglicher Selbstkritik, die Leugnung von Geschichtsverantwortung, und mit dieser trotzig Unverdrossenheit fand er Anklang. Antisemitismus hatte sich ausgezahlt. Die Relativierung der Vergangenheit wurde belohnt. Dieses Vorgehen veränderte das Klima im Land und wirkte bis zur Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen im Jahr 2000 durch. Hier – im schwarzblauen Bündnis – fanden sich jene, die sich, wenn auch auf unterschiedliche Weise, der kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte des Landes verweigerten.

Wer heute auf den Republikanischen Club – Neues Österreich seit 1986 zurückblickt, kann verschiedene Phasen unterscheiden. Zunächst ist da jene Zeit zu erkennen, in der die Auseinandersetzung mit Waldheim im Vordergrund stand. Es ging damals um den Bruch mit dem Opfermythos und den Verrenkungen einer Historiographie, die der Paradoxie anhing, Vergangenheit

ausblenden, aber Geschichte zelebrieren zu wollen. Diese verlogene Strategie konnte leicht verhöhnt werden, weil sie offenkundig über die eigenen Widersprüche stolperte. Den Ungeheuerlichkeiten der Gegenseite mit Witz zu antworten, war neu. Diesem Vorgehen blieben wir treu, lange nachdem das Holzpferd schon zu unserem Maskottchen geworden war. Als etwa Waldheim auf die Watchlist gesetzt wurde, machten wir uns darüber lustig, wie konsterniert das ganze Land reagierte, indem wir die amerikanische Entscheidung freudig begrüßten. In einem Falterinserat schrieben wir: *„Herr Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim! Wir wollen uns nicht weiter über bekannte Tatsachen auslassen: Ihre Vergeßlichkeit, Ihr sogenanntes Pflichtgefühl und die antisemitische Kampagne, die zu Ihrer Wahl geführt hat. Wir waren gegen Ihre Kandidatur. Jetzt hat Sie das amerikanische Justizministerium auf die Watchlist gesetzt. Heute geht es nicht mehr darum, wo Sie wann gewesen sind. Jetzt geht es darum, wo Sie nicht mehr sein können. In der Hofburg. Wir fordern Sie auf, abzutreten. Herr Präsident, erfüllen Sie Ihre Pflicht. Treten Sie zurück.“*

Als Salman Rushdie der Mord angedroht wurde, veranstaltete der Republikanische Club die erste öffentliche Lesung der „satanischen Verse“ in Österreich. Als Zita Bourbon-Parma, die letzte Kaiserin von Österreich-Ungarn 1989 starb und ihr im Jubiläumsjahr der Französischen Revolution in Österreich ein offiziöses Begräbnis bereitet wurde, luden wir zum republikanischen Leichenschmaus. Wir servierten Parmaschinken und Kaiserschmarrn, dazu wurde Bourbon kredenzt.

Nach der Veröffentlichung des Historikerberichts fand am 12. März 1988 eine Großkundgebung statt. Damals wurde der Republikanische Club zum Symbol für ein sogenanntes anderes Österreich. Im Gedenkjahr 1988 wurden die Fragen, die wir zunächst in kleinem Rahmen diskutiert hatten, öffentlich debattiert. Gleichzeitig wurde klar, dass der historischen Geschehen gedacht werden sollte, ohne an ihr Weiterwirken in der Gegenwart zu erinnern. Dem galt es entgegenzuwirken, indem das Trennende, wie Silvio Lehmann meinte, über das Gemeinsame gestellt werden sollte. Im Gegensatz zu allen Veranstaltungen für Toleranz plädierten wir für Unduldsamkeit gegenüber Antisemitismus.

Noch hielt das offizielle Österreich an dem Opfermythos fest, aber dennoch waren jene, die ein Jahr vorher noch Nestbeschmutzer gewesen waren, nun zu Stichwortgeber der öffentlichen Veranstaltungen geworden.⁴ Ein wenig schnell schien eine intellektuelle Avantgarde zu Klassikern zu werden. Sogar der Vizekanzler und Außenminister Alois Mock erklärte am 28. Februar 1988: „Dieser ‚Neue‘

⁴ zur österreichischen Geschichtsdarstellung vgl. etwa: Uhl, Heidemarie: Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem Anschluß; (Wien, Köln, Weimar-1992) - Botz, Gerhard: Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung, in: Zeitgeschichte, 14 (1) (Wien-1986) 19.-38. - Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des »österreichischen Gedächtnisses«, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerungen (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05); (Mainz –2004) 481-508. - Joskowicz, Alexander: Identität, Macht, Erzählung. Der Nationalsozialismus in österreichischen Erinnerungsdiskursen der fünfziger und sechziger Jahre; (Wien, Dipl.-2000)

Republikanische Club ist noch nicht ganz Österreich“, womit er indirekt zugab, wie groß der Einfluss des Clubs geworden war. 1989 eröffneten wir ein Vereinslokal und das Restaurant Hebenstreit. Der Club wurde zur Institution. Anfang der Neunziger war es nicht so sehr Waldheim als vielmehr Jörg Haider, mit dem wir uns zu beschäftigen hatten. Die Auseinandersetzung wurde härter. Mit Humor, der die frühen Aktionen geprägt hatte, konnte gegen den rassistischen Populismus nicht angekämpft werden. In der Rockhgassee wurden Sitzungen für das Lichtermeer abgehalten, das gegen das Volksbegehren der Freiheitlichen Hunderttausende mobilisierte, aber ebenso zu einem großkoalitionären Spektakel geriet. Im Zuge dieser Auseinandersetzung entstand jedoch auch SOS-Mitmensch. Der Club wurde zu einem Nukleus neuer Gruppen und Bewegungen.

1992 sprach Franz Vranitzky endlich von der Mitverantwortung Österreichs an der nationalsozialistischen Vergangenheit. Zudem lehnte der Kanzler jede Koalition mit den Freiheitlichen ab. Allerdings fügte sich das Kabinett in der Zuwanderungspolitik und im Asylrecht den Forderungen des Populismus und des Boulevards. Die Sozialdemokratie hetzte mit den Hunden und rannte mit den Hasen. Der Republikanische Club forderte den Rücktritt der Innenminister Franz Löschnak und Karl Schlögl, aber in den Neunzigern waren es nicht mehr die linken Intellektuellen, sondern die Rechtsextremen, die als Provokateure und Unruhestifter gelten konnten. Proponenten eines multikulturellen Österreichs wurden von Briefbomben heimgesucht. Mit kleinen spaßigen Aktionen konnte darauf nicht mehr reagiert werden, wenn etwa vier Roma in Oberwart ermordet worden waren - und die Polizei zuallererst die Verwandten verdächtigte. In den neunziger Jahren wurden deshalb Trauerkundgebungen zu einer eigenen Form des Protests. Etwa nachdem der Schubhäftling Marcus Omofuma erstickt worden war und der Innenminister Karl Schlögl jede politische Verantwortung für das Vorgehen seiner Beamten abwies.

Mit der Wende im Jahr 2000 begann eine neue Periode im Republikanischen Club. Der zivilgesellschaftliche Protest gegen das schwarzblaue Regierungsbündnis ist nicht ohne die Bewegung von 1986 denkbar. Es ist kein Zufall, wenn die Demokratische Offensive, jene Gruppe, die zur Massendemonstration vom 19. Februar 2000 aufrief, im Republikanischen Club gegründet wurde. Hier fanden die Sitzungen statt, die zur Kundgebung der 300.000 auf dem Heldenplatz führten.

Heute ist die schwarzblaue Koalition überwunden, Haider wurde zu einem Provinzpolitiker degradiert, die Freiheitlichen sind gespalten. Es war just die Regierung unter Schüssel, die mit den jüdischen Organisationen eine Einigung erzielten, wie zumindest die materiellen Schäden restituiert werden könnten. Waldheim ist gestorben. Manche meinen deshalb, die Auseinandersetzung um die Geschichtspolitik sei endlich abgeschlossen. Letztlich spielten die alten Fragen keine Rolle mehr, denn auch mit antifaschistischen Lippenbekenntnissen ließen sich mittlerweile gegenwärtige Ungerechtigkeiten legitimieren.

Eine solche Sichtweise blendet nicht nur aus, dass Wolfgang Schüssel als Kanzler in der Neuen Zürcher Zeitung wieder meinte: „Ich werde nie zulassen, daß man Österreich nicht als Opfer sieht. Das Land war in seiner Identität das erste militärische Opfer der Nazis.“ Vergessen wird auf diese Art auch das so genannte Gedankenjahr 2005, in dem die Regierung zeigen wollte, dass Österreich mit seiner Vergangenheit endgültig ins Reine gekommen war, indem sie gleichzeitig einen Schlussstrich unter der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einforderte, ohne zu begreifen, welcher Widerspruch sich dadurch auftrat. Österreich wurde wieder zum ersten Opfer stilisiert, aber diesmal zu jenem der Alliierten. Bei den Feiern im Jahr 2005 wurde unklar, wann die eigentliche Freiheit eingesetzt hatte, fünfundvierzig oder fünfundfünfzig, wobei sich die Differenzen in den Anschauungen, welche Ironie, in der unterschiedlichen Betonung ein und desselben Satzes ausdrücken ließen. Während die einen angesichts fünfundvierzig jubelten: „Österreich wurde von den Alliierten *befreit*“, feierten die anderen: „Österreich wurde *von den Alliierten* befreit“. Nur eben zehn Jahre später.

Bei diesen Disputen ging es und geht aber wiederum nicht bloß um Historiographie. Wenn entblößt wird, dass der freiheitliche Obmann Hans Jörg Strache an rechtsextremen Wehrsportübungen beteiligt war, dann handelt es sich dabei nicht um Überholtes und schon gar nicht lassen sich diese Geländespiele als Jugendsünde abtun.

Die Abwehr gegen Rechtsextremismus ist kein Geschichtsseminar und kein Anachronismus. Gegen Rassismus, gegen Hass und Übergriffe aufzutreten, ist kein antifaschistischer Karneval. Sich für Säuglinge einzusetzen, die kaum in Österreich geboren, abgeschoben werden, und für Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft bei Polizeieinsätzen um ihr Leben fürchten, ist kein Gschnasspaß. Im Gegenteil. Eine Maskerade betreiben jene, die aus Mitläufern Widerständler, aus Naziverbrechern honorierte Bürger, aus den Mordskerlen der SS österreichische Parteifunktionäre, aus rechten Wehrsportübungen eine Jugendtorheit machen. Diese Kostümierung dauert seit 1945 an und ist noch immer nicht vorbei. Es ist kein Zufall, wenn viele in diesem Land Kurt Waldheim als „großen Österreicher“ zelebrieren und bis heute nicht verstehen, weshalb wir so einen Bundespräsidenten nicht wollten. Die Ignoranz und die Ressentiments der damaligen Tage sind noch nicht überwunden. Was jedoch im Jahre 1986 den Republikanischen Club – Neues Österreich einte, tritt heute vollkommen anders zutage.

Im Zeitalter von Globalisierung, von Multikulturalität und kontinentaler Integration, in einer Phase von Islamophobie, aber auch von terroristischem Islamismus, inmitten der Dispute über den Beitritt der Türkei, über das Verhältnis zu NATO und zu Russland, über lukrative Beziehungen zum Iran kann die Auseinandersetzung über republikanische Streitkultur, für demokratische Öffentlichkeit, mit dem Populismus und gegen den Rassismus nicht nur eine österreichische sein. Es geht um europäische

Verhältnisse. Die zukünftigen Fragen werden einen intellektuellen Ausritt über die Begrenztheit des Alpenlandes hinaus erfordern. Das Holzpferd stünde dafür bereit.

Der Republikanische Club – Neues Österreich wurde gegründet, um zu agieren und zu aktivieren, wenn kritische Auseinandersetzung durch Hetze und Kampagnen eingeschränkt werden soll. Das Bestehen des Clubs seit mehr als zwei Jahrzehnten beweist seinen Erfolg. Es ist ein Bestehen a l s Standort und Bewegung, aber ebenso ein Bestehen a u f Aktion und Artikulation, denn der Republikanische Club ist eine Plattform, die Raum zu Diskussion und Analyse bietet, aber ebenso zum Brennpunkt des Protests wird, wenn es gilt, demokratischen Widerstand zu demonstrieren. Es wäre vermessen, so zu tun, als wäre der Club alleine für die Öffnungen und Klärungen der letzten zwei Jahrzehnte verantwortlich, aber er war ein Produkt und ein Faktor jener Entwicklung, die gemeinhin als Aufarbeitung bezeichnet wird, und sein Beitrag war ohne Zweifel höher, als in der österreichischen Öffentlichkeit anerkannt wird. Zwar waren wir wie Kurt Waldheim wohl vor allem ein Symptom, das Symptom eines Prozesses, aber immerhin scheinen wir nicht ein Symbol des Problems gewesen zu sein, sondern eher ein Symbol für die Suche nach Lösungen.

Der Beitrag ist im Sammelband „Von der Kunst der Nestbeschmutzung – Dokumente gegen Ressentiment und Rassismus seit 1986“ Hg. Brigitte Lehmann, Doron Rabinovici, Sibylle Summer, Löcker Verlag, 2009, erschienen.